

hier: TOP §Strategie des Landkreises zur Bekämpfung der Kinderarmut

Eduard Stapel: Diskussionsvorschläge

---

1. Zwar heißt der Antrag §Bekämpfung der Kinderarmut. - Weil der Landkreis aber die Armut selbst nicht bekämpfen kann, sollte es in der Diskussion und bei der Erarbeitung von Vorschlägen um §bestimmte Folgen dieser (finanziellen) Kinderarmut gehen; ebenso sollte die zu erarbeitende Strategie auf diese §bestimmten Folgen zielen, die vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziale Teilhabe liegen dürften.
2. Zwar sprechen die Zahlen aus den verschiedenen Untersuchungen in Bund und Land sowie auch die von unserem Jugendamt erarbeiteten eine eindeutige Sprache. Aber sie sind Durchschnittszahlen.- Deshalb ist es erforderlich, ihre Richtigkeit und Anwendungsmöglichkeit §vor Ort zu überprüfen. (Beispiel: Die Untersuchungen belegen, daß sehr viele Kinder ohne (Zweites?) Frühstück zur Schule kommen. Erfahrungen in der Bismarker Grundschule können das jedoch nicht bestätigen; stattdessen hat dort fast jedes Kind ein ordentliches Zweites Frühstück mit.)
3. Aus Punkt 2. ergibt sich, daß die landes- und bundesweit geltenden Zahlen in Zusammenarbeit mit den LehrerInnen/ErzieherInnen vor Ort überprüft werden müssen (Erfahrungswerte; Umfragen unter den Kindern?). - Der Landkreis könnte hierfür ein Verfahren entwickeln und sowohl in seinem Schulbereich (Sekundar-Schulen) wie auch für die Grund-Schulen (besser) herausbekommen, was im Ernährungs-/Gesundheits-Bereich nötig ist.
4. Zu diesem Verfahren sollte das Einrichten von Arbeitsgruppen an jeder Schule gehören, die möglichst aus SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen/ErzieherInnen und Interessierten bestehen. Wenn die Landkreis-Verwaltung und die Kreistags-Mitglieder hierzu unter Verweis auf die Problemlage aufrufen und mit gutem Beispiel vorangehen, dürfte das Einrichten dieser Arbeitsgruppen gelingen.
5. Hinsichtlich der aus der Kinderarmut erwachsenden Bildungsprobleme scheint es nötig, vor allem einen unbezahlten Nachhilfeunterricht zu organisieren. - Wenn sich der Landrat/die Verwaltung sowie die Mitglieder des Kreistages dafür aussprechen und LehrerInnen, Eltern und Interessierte unter Verweis auf die Problemlage bitten, diesen unbezahlten Nachhilfeunterricht vor Ort in Gang zu bringen, dürfte er ó wenn zunächst auch nur an manchen Orten ó realisierbar sein. - Die Besonderheit der Deutsch-Nachhilfe-Unterrichts für Kinder mit Migrationshintergrund (vor allem in Stendal) muß beachtet werden.
6. Hinsichtlich der Gesundheit sollte das Gesundheitsamt einen Katalog der (größten) Probleme erarbeiten (Beispiel: Impf-Verhalten) und in Zusammenarbeit mit Jugend- und Sozialamt und mit den Gemeinden entsprechende Anschreiben entwerfen, die den Kindern und ihren Eltern in den Kinderkrippen und -gärten sowie in den Schulen mitgegeben werden ó freilich unter entsprechender Mitwirkung der LehrerInnen (Elternversammlungen und -besuche) und der o. g. Arbeitsgruppen. Zu diesem Katalog sollte auch die Überlegung gehören, ob und wieviel Geld der Landkreis für entsprechende Untersuchungen der Kinder in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ausgeben kann, darf und will, falls es einen gesonderten Finanzbedarf gibt.